

2012 - Jahr der EU in Bosnien und Herzegowina?

„2012 wird das Jahr der EU in Bosnien und Herzegowina“. So lautet das Motto des neuen Ministerratsvorsitzenden Vjekoslav Bevanda. Bevanda möchte einen Schlusstrich unter das erfolglose vergangene Jahr ziehen. Dieses war von politischer Blockade gekennzeichnet und gipfelte darin, dass die Parteien sich 16 Monate lang nicht auf einen neuen Ministerrat einigen konnten. Geht es nach dem Vorsitzenden soll mit Stagnation künftig Schluss sein. Das will er beweisen und hat sich ein hohes Ziel gesteckt. Im Juni soll der EU ein Antrag auf Mitgliedschaft vorliegen. Der Termin hat einen Grund: „Ich wünsche mir, dass Brüssel im Herbst über unseren Kandidatenstatus entscheidet.“¹

Bevanda, früherer Finanzminister der Föderation von Bosnien und Herzegowina² und erfahrener Banker, weiß, dass er sich viel vorgenommen hat. Er baut auf die Unterstützung der sechs Koalitionsparteien: Neben der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ BuH), der er angehört, sowie ihr „Juniorpartner“, die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990 (HDZ 1990), zählen die „Sozialdemokratische Partei“ (SDP) und die „Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD) dazu. Auch im Boot sitzen die „Partei der Demokrati-

schen Aktion“ (SDA) und die Serbische Demokratische Partei (SDS).

Zur Erinnerung: Die Vorsitzenden der sechs führenden Parteien einigten sich am 28. Dezember 2011 auf die Verteilung der Ministerposten und stellten damit die Weichen für den neuen Ministerrat (Regierung). Das Parlament bestätigte am 9. Februar die Mitglieder des Rats.

In Bevandas Team finden sich zahlreiche vertraute Gesichter. Neben dem Finanzminister und Vorgänger des jetzigen Ministerratsvorsitzenden, Nikola Spiric (SNSD), freuen sich auch der bisherige Justizminister Barisa Colak (HDZ BuH), der Minister für zivile Angelegenheiten, Sredoje Novic (SNSD), sowie der Sicherheitsminister Sadik Ahmetovic (Partei der Demokratischen Aktion, SDA) über eine weitere Amtszeit. Neu im Rat ist hingegen der Verteidigungsminister, Muhamed Ibrahimovic. Er trat die Nachfolge des erfahrenen Selmo Cikotic an. Dass die Wahl auf Ibrahimovic fiel, überraschte. Der Verteidigungsminister, der Mitglied der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) ist, sitzt seit 2009 im Parteivorstand. Er war bisher wenig politisch aufgefallen. Ein weiterer „Newcomer“ ist Damir Ljubic (Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990, HDZ 1990). Ljubic erhielt das Ministerium für Flüchtlinge und Menschenrechte. Er übte vorher das Amt des Ministers für Landwirtschaft, Forst- und Wasserwirtschaft in der Föderation aus, war allerdings wie Ibrahimovic kaum politisch in Erscheinung getreten.

Ebenfalls neu, aber nicht unbekannt ist Mirko Sarovic. Sarovic ist Mitglied der Serbischen Demokratischen Partei (SDS). Er gilt

¹ Interview mit Vjekoslav Bevanda in der Wochenzeitschrift Slobodna Bosna, kommentiert von Lesern der Tageszeitung Dnevni Avaz, 17.02.2012, abrufbar auf der Internetseite des DA unter: <http://forum.dnevniavaz.ba/showthread.php?4298-Vjekoslav-Bevanda-intervju-Slobodna-Bosna>.

² Bosnien und Herzegovina besteht aus zwei Entitäten: Die Föderation von Bosnien und Herzegowina, in der überwiegend Bosniaken und Kroaten leben, und die Republika Srpska mit einer serbischen Mehrheitsbevölkerung. Darüber hinaus gibt es den Distrikt Brcko, eine Sonderverwaltungseinheit, die unter internationaler Aufsicht steht und ein völkerrechtliches Kondominium darstellt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
SABINA WÖLKNER

7. März 2012

www.kas.de/sarajevo

als „Hard Liner“. Sarovic übernimmt von Mladen Zirojevic (SNSD) das Ministerium für Handel und wirtschaftliche Beziehungen. Es ist nicht das erste hohe Staatsamt, das Sarovic bekleidet. Er war serbischer Amtsträger und Vorsitzender im Präsidium des Landes. 2003 trat Sarovic auf Druck des damaligen Hohen Repräsentanten, Paddy Ashdown, jedoch zurück.³

Auch der Minister für Transport und Kommunikation, Damir Hadzic, ist in der Politik nicht neu. Hadzic stammt aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei (SDP). Er sitzt dort seit 2003 im Präsidium. Auch sein Chef, der Vorsitzende der SDP, Zlatko Lagumdzija, hat ein Regierungsamt übernommen. Lagumdzija ist Außenminister und stellvertretender Ministerratsvorsitzender. Er ist das „politische Schwergewicht“ im Rat.

Die Zusammensetzung macht deutlich: der Ministerrat verfügt über personelle Kontinuität. Bis auf die SDP und die SDS waren alle Parteien im vorherigen Ministerrat bereits vertreten. Bei so vielen bekannten Gesichtern stellt sich die Frage, ob ein Neuanfang in der Politik von Bosnien und Herzegowina möglich ist. Dieser wäre notwendig, um das Land aus der Krise zu ziehen. Die Probleme sind vielschichtig. Angefangen bei der schwierigen wirtschaftlichen Situation bis zu den fehlenden politischen Reformen, die die EU-Integration des Landes seit Jahren vor sich hindümpeln lässt.

Ob es Bevanda gelingt, den Negativtrend der vergangenen Jahre umzudrehen, wird sich zeigen. Sein Aktionsradius ist davon abhängig, wieviel Spielraum ihm die Parteichefs der Regierungskoalition gewähren. Das Zentrum der politischen Macht liegt weiterhin in ihren Händen. Die erste Bewährungsprobe ist das Stabilitäts- und Assoziationsabkommen (SAA). Das Abkommen wurde 2008 von Bosnien und Herzegowina

³ Sarovic wurden u.a. Verwicklungen in illegalen Waffenhandel in der sog. Affäre Orao (Waffenlieferungen an den Irak trotz UN-Embargo) vorgeworfen. Ihm drohte Amtsenthebung. Großes Reineinmachen in Bosnien: Karadzic und Mladic in Belgrad, Neue Zürcher Zeitung, 12. Februar 2004, <http://www.nzz.ch/>

ratifiziert, liegt aber seit 2010 „auf Eis“. Das Land muss noch einige Bedingungen erfüllen, damit es in Kraft treten kann. Hier gelang es jüngst, die richtigen Weichen zu stellen. Am 3. Februar verabschiedete das Parlament den von der EU mehrfach ange-mahnten Gesetzesentwurf für die Errichtung einer Agentur zur Kontrolle der staatlichen Beihilfen; eine unverhandelbare Vorgabe, um am EU-Binnenmarkt teilzunehmen. Die Parlamentarier einigten sich auf einen Formelkompromiss über die Zusammensetzung der gesamtstaatlichen Agentur, was lange Zeit der größte Stein des Anstoßes war.⁴ Die Umsetzung des Gesetzes steht allerdings noch aus.

Auch die Gesetzesinitiative für eine erneute Volkszählung konnte überraschend die Parlamentshürden passieren. Die Parteien erzielten eine Einigung über die entscheidende Streitfrage hinsichtlich der Kriterien der Zählung.⁵ Dem Zeitplan zufolge soll der Zensus im April des kommenden Jahres stattfinden, eine Art „Probelauf“ ist schon für diesen Oktober geplant.

Doch das größte Hindernis für das SAA ist nach wie vor die noch ausstehende Implementierung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 22. Dezember 2009 im Fall „Sejdic/Finci gegen BuH“.⁶ Hier ist der vielversprechende par-

⁴ Mehr Informationen zu dieser Streitfrage, siehe: Wölkner Sabina, KAS-Länderbericht: Neue Regierung in Bosnien und Herzegowina, <http://www.kas.de/bosnien-herzegowina/de/publications/29846/>, 04.01.2012,

⁵ Die Durchführung des Zensus gehört zwar nicht zu den unmittelbaren Bedingungen des SAA, es stellt jedoch eine zwingende Voraussetzung für die folgenden Etappen im EU-Integrationsprozess des Landes dar.

⁶ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fordert Bosnien und Herzegowina auf, die diskriminierenden Bestimmungen aus seiner Verfassung gegen die so genannten „Anderen“ zu entfernen. So dürfen Angehörigen der Gruppe der sogenannten „Anderen“ nicht bei den Wahlen zur Präsidentschaft und zum Haus der Völker kandidieren. Vertreter dieser Gruppe sind in beiden Institutionen nicht vorgesehen. Dieses Recht genießen nur die sogenannten konstitutiven Völker: Bosniaken, Kroaten und Serben. Damit verstößt Bosnien und Herzegowina gegen die europäische Menschenrechtscharta. Die Achtung der Charta ist ein Pfeiler des Stabilitäts- und Assoziationsabkommens. Vgl. Handbuch zum Europäischen Antidiskriminierungsrecht, hrsg. von Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte – Europarat, Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2011,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
SABINA WÖLKNER

7. März 2012

www.kas.de/sarajevo

lamentarische Einigungsprozess in jüngster Zeit ins Stocken geraten. Dies wurde beim letzten Spitzentreffen der Vorsitzenden der Koalitionsparteien mit den Mitgliedern des parlamentarischen Interimsausschusses zur Ausarbeitung der notwendigen Verfassungsänderungen deutlich.⁷ Der seit Oktober arbeitende Parlamentsausschuss geht zwar davon aus, einen parteiübergreifenden Vorschlag bis zum 13. März vorzulegen. Allerdings erstreckt sich dieser nur auf einen Teil des Urteils, die Diskriminierung der Vertreter der „Anderen“ im Haus der Völker, der zweiten Parlamentskammer des Landes, zu beseitigen. Nach Meinung einiger Ausschussmitglieder sei es denkbar, die Anzahl der Mitglieder der Kammer um einige Vertreter der „Anderen“ zu erweitern. Dies allein dürfte jedoch nicht ausreichen, um einen Antrag auf Mitgliedschaft einzureichen, der in Brüssel auf Wohlwollen stößt. Dafür muss das Land auch die vom Gerichtshof monierten Diskriminierungen in der dreiköpfigen Präsidentschaft des Landes ausräumen.⁸ Zu den Fürsprechern einer umfassenden Reform der Präsidentschaft gehören die beiden kroatischen HDZ-Parteien. Dies überrascht nicht. Den HDZs ist das Wahlgesetz für das Präsidium seit Jahren ein Dorn im Auge. Dabei geht es ihnen weniger um die Rechte der „Anderen“, sondern darum, dass auch Bosniaken über die Wahl des kroatischen Präsidiumsmitglieds entscheiden dürfen. Da weitaus weniger Kroaten als Bosniaken in Bosnien und Herzegowina leben, schmälert dies die Siegesschancen des HDZ-Kandidaten erheblich.⁹ Das Urteil des

Europäischen Gerichtshofes sehen die HDZs als Chance, um ihre Startbedingungen bei den Präsidentschaftswahlen zu verbessern. Sie drängen deshalb auf Verfassungsänderungen, die auch die „kroatischen Interessen“ berücksichtigen. Mehrere Modelle werden bereits diskutiert, die den Wünschen der beiden HDZs entsprechen könnten. Eines davon wäre, die Präsidiumsmitglieder im Parlament zu wählen. Allerdings wird es nicht einfach sein, diese Lösung durchzusetzen. Während Kroaten und die Bosniaken nichts dagegen hätten, das Problem auf diese Weise zu lösen, pochen die serbischen Parteien auf die Direktwahl ihres Kandidaten. Eine Einigung ist bislang nicht in Sicht. Einige Politiker hoffen, dass die Reform des Hauses der Völker ausreicht, um doch noch „grünes Licht“ aus Brüssel für den SAA zu erhalten. Doch damit werden sich die HDZs kaum zufrieden geben. Sie wollen auf die Reform des Präsidiums nicht verzichten. Sie fürchten, dass der Reformeifer der serbischen und bosniakischen Parteien rasch verfliegt, sobald das SAA in Kraft tritt. Um doch noch eine Einigung herbeizuführen, schlagen sie vor, „ihr“ Präsidiumsmitglied in einem noch zu definierenden Wahlkreis mit kroatischer Mehrheit zu wählen. Bosniakische Parlamentarier sehen darin den Kern einer „dritten Entität“, ein Konzept, das bei vielen schmerzhaft Erinnerungen an den Krieg wachruft. Ob diese Befürchtungen zutreffen, ist offen. Eines ist aber klar: Die Schaffung neuer ethnischer Wahlkreise würde zur inneren Integration des Landes wenig beitragen. Doch bislang hat der Vorschlag ohnehin wenige Chancen auf Realisierung. Die bosnisch-serbischen Parteien machen keine Anstalten, „ihre“ Entität, die Republika Srpska, daran zu beteiligen. Damit ist der Widerstand der bosniakischen Politiker vorprogrammiert, die nicht allein den Kroaten Zugeständnisse machen wollen. Bislang werden die HDZs nur von Sulejman Tihics SDA unterstützt, die wie die kroatischen Parteien auf die vollständige Implementierung des Urteils besteht. Ledig-

abrufbar unter:

http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/FRA-CASE-LAW-HANDBOOK_DE.pdf, S. 77 ff, sowie

das Urteil des Gerichtshofes, abrufbar unter:

http://www.mhrr.gov.ba/ured_zastupnika/novosti/?id=1008

⁷ Nema politicke saglasnosti, in: Oslobodjenje, S. 4, 7. März 2012.

⁸ ...und den Vertretern der „Anderen“, die Möglichkeit einzuräumen, für das Präsidentschaftsamt zu kandidieren. Siehe dazu das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Fall Sejdic und Finci gegen BuH, abrufbar unter: http://www.mhrr.gov.ba/ured_zastupnika/novosti/?id=1008, 22.12.2009.

⁹ Viele Bosniaken stimmten bei den letzten beiden Präsidentschaftswahlen nicht für den bosniakischen Kandidaten Bakir Izetbegovic, Mitglied im Präsidium, sondern für den kroatischen Sozialdemokraten Zeljko Komsic, den jetzigen kroatischen Amtsträger. Die HDZs werfen den Bosniaken vor, damit faktisch über den bosniakischen und kroatischen Präsidiumssplatz zu entscheiden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER

7. März 2012

www.kas.de/sarajevo

lich das Haus der Völker zu reformieren, ist aus Sicht der SDA nicht ausreichend.¹⁰

Doch auch an anderen Stellen gibt es Spannungspotential, das den frisch propagierten Willen zur Zusammenarbeit der Koalitionspartner auf eine harte Probe stellen könnte. Einen Vorgeschmack auf das, was noch kommen könnte, lieferte der Streit über die von SNSD und SDS im Parlament eingereichte Gesetzesinitiative zur Abschaffung des Gerichtshofes von Bosnien und Herzegowina und der Staatsanwaltschaft des Landes.¹¹ Auslöser der Gesetzesvorlage war die Entscheidung der Staatsanwaltschaft von Bosnien und Herzegowina, die Verfahren gegen einige Personen, die im sogenannten „Vorfall in der Dobrovoljacka-Straße“ verwickelt waren, einzustellen. Darunter zählten Ejup Ganic, Präsident der Sarajevo School of Science and Technology und kurzzeitig Interimspräsident von Bosnien und Herzegowina während des Krieges, sowie Jovan Divjak, ein Serbe und ehemaliger Kommandeur der bosnischen Streitkräfte, der die Verteidigung der Stadt während der Belagerung leitete.

Bei diesem Vorfall handelte es sich um den Überfall am 3. Mai 1992 auf einen unbegleiteten Konvoi der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) in Sarajevo. Hierbei kamen mehrere Soldaten der Jugoslawischen Volksarmee ums Leben.¹² Die bosnisch-serbischen Parteien, allen voran SNSD und SDS behaupten, es habe sich bei dem Schusswechsel um ein Kriegsverbrechen gehandelt, da

eine Vereinbarung mit der UN vorgelegen habe, die den Abzug der Truppen gestattete. Bosnische Sonderpolizisten und paramilitärische Einheiten haben die Vereinbarung jedoch missachtet. Sie machen Ganic und Divjak für die Tat verantwortlich. Was die beiden Parteien allerdings verschweigen: Das Haager Tribunal hatte es vor Jahren abgelehnt, den Vorfall in der Dobrovoljacka-Straße zu untersuchen. Es traf eine so genannte Annahmemeitscheidung. Es gebe für ein Verfahren nicht genügend Beweise.¹³

Mit der Entscheidung, die Verfahren gegen die Personen einzustellen, reagierte die Staatsanwaltschaft von Bosnien und Herzegowina auf das Haager Urteil. Das Land hatte Untersuchungen eingeleitet, die jedoch rasch stagnierten. Gleichzeitig zog die Staatsanwaltschaft die Konsequenzen aus den jüngsten Ereignissen. So sprach ein Londoner Gericht Ejup Ganic vor zwei Jahren wegen Mangels an Beweisen von den serbischen Vorwürfen frei.¹⁴ Einen weiteren Rückschlag mussten die Serben auch im Fall von Jovan Divjak hinnehmen.¹⁵

Auf SNSD und SDS machte die Gerichtsentcheidung aus London allerdings keinen Eindruck. Sie halten an ihren Vorwürfen fest. Mehr noch: Für den Vorsitzenden der SNSD und Präsidenten der RS, Milorad Dodik, ist die Einstellung der Verfahren im „Dobrovoljacka-Vorfall“ ein weiterer Beleg, dass die gesamtstaatlichen Justizinstitutionen in Bosnien und Herzegowina sich gegen die Serben verschworen haben. Sie müssen

¹⁰ Nema političke saglasnosti, in *Oslobodjenje*, S. 4, 7. März 2012.

¹¹ Gesetzentwurf der SNSD und SDS zur Abschaffung des Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft von Bosnien und Herzegowina, abrufbar auf der Seite der Parlamentarischen Versammlung Bosnien und Herzegowina, unter: https://www.parlament.ba/sadrzaj/komisije/predstavni-cki-dom/ustavnopravna/arhiva_sjednica/Default.aspx?wsid=19&wsid=450&langTag=bs-BA&pril=b, 07.03.2012

¹² Der Vorfall ereignete sich, nachdem der damalige Präsident von Bosnien und Herzegowina, Alija Izetbegović, am 2. Mai 1992 von der Jugoslawischen Volksarmee am Flughafen von Sarajevo festgesetzt worden war. Um Izetbegović wieder frei zu kommen, wurde unter der Vermittlung von UNPROFOR vereinbart, den Präsidenten gegen hochrangige JNA-Offiziere auszutauschen. Der Austausch geriet jedoch außer Kontrolle, es kam zu einer Schiesserei, bei der mehrere JNA-Soldaten getötet wurden.

¹³ Za slučaj 'Dobrovoljacka' je nadležan Sud BiH: http://www.slobodnaevropa.org/content/most_dobrovoljacka/1982682.html, 07.03.2012.

¹⁴ Ganić wurde am 01.03.2010 am Flughafen Heathrow festgenommen und in London auf Bestreben von Belgrad vor Gericht gestellt. Das Gericht in London sprach Ganic jedoch frei, da Belgrad für seine Anschuldigungen keine Beweise vorlegen konnte. In *Vijesti.ba*: <http://www.vijesti.ba/vijesti/svijet/17054-London-Sud-odbio-zahtjev-izrucenje-Ejupa-Ganica-Tuzilastvo-Srbije-najavilo-zalbu.html>, 27.07.2010

¹⁵ Divjak war ebenfalls auf Belgrads Bestreben in Österreich im Sommer 2011 festgenommen worden. Serbien forderte die Auslieferung von Divjak. Dies lehnte Wien jedoch mit der Begründung ab, dass Divjak in Serbien kein faires Gerichtsverfahren erwarten könne und liebt ihn am 29.07.2011 nach Sarajevo zurückkehren. In *Vijesti.me*: <http://www.vijesti.me/svijet/jovan-divjak-osloboden-jer-ne-bi-imao-fer-sudenje-srbiji-clanak-30995>, 29.07.2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
SABINA WÖLKNER

7. März 2012

www.kas.de/sarajevo

aus seiner Sicht deshalb aufgelöst werden.¹⁶ SNSD legte mit ihrem Juniorpartner SDS am 31. Januar einen entsprechenden Gesetzesvorschlag der verfassungsrechtlichen Kommission des gesamtstaatlichen Repräsentantenhauses vor. Diese verwarf erwartungsgemäß den Entwurf. Er scheiterte am Veto der Mitglieder der bosniakischen SDA und Lagumdžijas Sozialdemokraten (die Kroaten blieben der Abstimmung fern). Doch damit ist die Initiative nicht vom Tisch. Die beiden serbischen Parteien geben sich mit der Entscheidung der Kommission nicht zufrieden. Sie wollen die Gesetzesvorschläge dem zuständigen parlamentarischen Ausschuss erneut vorlegen. Dabei ist ihnen klar ist, dass sie wieder scheitern werden. Sie wissen auch, dass die internationale Gemeinschaft ein solches Gesetz keinesfalls tolerieren würde.¹⁷ Diese Aussichtslosigkeit offenbart das eigentliche Motiv der Initiative. Sie richtet sich an die Wähler beider Parteien. Die Lokalwahlen stehen vor der Tür. Die lautstarke Verteidigung „serbischer Interessen“ ist nach wie vor die wichtigste Quelle, um politischen Rückhalt in der Gesellschaft der RS zu mobilisieren. Dabei spielen die sich unversöhnlich gegenüberstehenden Interpretationen der Serben, Bosniaken und Kroaten über die Ursachen und Folgen des Kriegs in den 1990er Jahren eine Schlüsselrolle. Minister Mirko Sarovic (SDS) vertrat in einem Interview die These „dass sich die Volksgruppen über den „Charakter des Kriegs“ nicht in hundert Jahren einigen werden“.¹⁸ Dies entspricht der Sichtweise vieler bosnisch-serbischer Politiker. Wie diese den jüngsten Krieg sehen, stellten sie bei den diesjährigen Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Republika Srpska am 9. Januar unter Beweis. So waren sich viele von ihnen nicht zu schade,

Radovan Karadzic, den einstigen Kriegspräsidenten der RS, der zurzeit vor dem Haager Tribunal steht, für seine politischen Verdienste zu loben. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass die bosnisch-serbischen Amtsträger die gesamtstaatlichen Justizinstitutionen stören. Sie folgen nicht ihrer Geschichtsinterpretation und schränken die Kompetenzen der Rechtsinstitutionen der Republika Srpska ein.

Populismus mit Hilfe nationalistischer Rhetorik ist allerdings nicht nur ein bewährtes Machtmittel der bosnisch-serbischen Parteien. Auch die anderen machen davon Gebrauch. Je näher der Termin der Wahlen rückt, um so eher wird sich der Ton zwischen den Koalitionsparteien erneut verschärfen und damit auch den Willen zur Zusammenarbeit im Ministerrat trüben. Ob die EU-Ambitionen des Ministerratsvorsitzenden davon Schaden nehmen, wird sich zeigen.

¹⁶ In blic.rs: „Dodik i Bosić traže ukidanje Suda i Tužilaštva BiH“: <http://www.blic.rs/Vesti/Republika-Srpska/302887/Dodik-i-Bosic-traze-ukidanje-Suda-i-Tuzilastva-BiH>, 22.01.2012.

¹⁷ Der Hohe Repräsentant, Valentin Inzko, hatte klar gemacht, dass ein solches Gesetz keine Chance hat. So etwa für Al Jazeera, in aljazeera.net: „Puna podrška Sudu i Tužilaštvu BiH“: <http://balkans.aljazeera.net/makale/inzko-puna-podrška-sudu-i-tuzilastvu-bih>, 01.02.2012

¹⁸ Interview mit Mirko Sarovic in der Wochenzeitschrift Dani, abrufbar unter: http://www.bhdani.com/default.asp?kat=txt&roj_id=764&tekst_rb=4, 03.02.2012

BOSNIEN UND HERZEGOWINA Ministerrat von Bosnien und Herzegowina
SABINA WÖLKNER

7. März 2012

www.kas.de/sarajevo

Vorsitzender: Vjekoslav Bevanda (HDZ BiH)

Jahrgang 1956. Aus Mostar. Ökonom mit langjähriger Erfahrung. Der frühere Finanzminister und stellvertretende Premierminister der Föderation Bosnien und Herzegowina, sowie Abgeordneter im Repräsentantenhaus des Parlaments der FBiH.

Außenministerium:

Minister: Zlatko Lagumdžija (SDPBiH). Jahrgang 1955. Aus Sarajevo. Universitätsprofessor (Informatik und Wirtschaftsinformatik), beschäftigt an der Wirtschaftswissenschaftlichen Universität in Sarajevo. Langjähriger SDP-Vorsitzender. Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Parlamentarischen Versammlung von BiH in mehreren Legislaturperioden. Rotierender Vorsitzender des Ministerrates von BuH 2001-2002, Außenminister von BuH 2001-2002, Stellvertretender Präsident der Regierung der Republik Bosnien-Herzegowina 1993.

Stellv. Ministerin: Ana Trišić-Babić (SNSD), dasselbe Amt in der vergangenen Legislaturperiode.

Sicherheitsministerium:

Minister: Sadik Ahmentović (SDA). Jahrgang 1969. Aus Srebrenica. Studium der Sonderpädagogik. Früherer Stellv. Vorsitzender des Gemeinderates Srebrenica und Abgeordneter in der Volksversammlung der RS und dem Repräsentantenhaus der Parlamentarischen Versammlung von BiH. Dasselbe Amt in der früheren Legislaturperiode. Mitglied des Präsidiums und des Vorstandes der SDA.

Stellv. Minister: Mladen Ćavar (SDPBiH), Maschinenbauingenieur, früher in der Zollverwaltung BiH beschäftigt.

Verteidigungsministerium:

Minister: Muhamed Ibrahimović (SDA). Jahrgang 1960. Aus Gracanica. Studium der Orientalistik. Früherer Abgeordneter im Repräsentantenhaus des Parlamentes FBiH.

Stellv. Ministerin: Marina Pendeš (HDZ BiH). Dasselbe Amt in der früheren Legislaturperiode.

Stellv. Minister: Mirko Okolic (SDS). Früherer Bürgermeister von Doboj und Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Parlamentarischen Versammlung von BiH.

Finanzministerium:

Minister: Nikola Špirić (SNSD). Jahrgang 1956. Universitätsprofessor und Doktor der Wirtschaftswissenschaften. Früherer Vorsitzender des Ministerrates, Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Parlamentarischen Versammlung von BiH, Delegierter im Volkshaus der Parlamentarischen Versammlung von BiH und stellv. Minister für Menschenrechte und Flüchtlinge von BiH.

Stellv. Minister: Fuad Kasumović (SDA). Dasselbe Amt in der vergangenen Legislaturperiode.

Justizministerium:

Minister: Bariša Čolak (HDZBiH). Jahrgang 1956. Aus Siroki Brijeg. Jurist. Früherer Vorsitzender der HDZ BiH. Früherer Sicherheitsminister von BiH, Justizminister der FBiH, Abgeordneter im Repräsentantenhaus des Parlamentes der FBiH, Premierminister des Kantons Herzegowina-Neretva. Dasselbe Amt in der vergangenen Legislaturperiode.

Stellv. Minister: Srđan Radulj (SNSD). Früherer Finanzminister der RS.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER

7. März 2012

www.kas.de/sarajevo

Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Beziehungen:

Minister: Mirko Šarović (SDS). Jahrgang 1956. Früherer Vorsitzender der Präsidentschaft von BiH; vom Posten trat er zurück, unter Druck der IG und des OHR, wegen der sog. Affäre Orao (Waffenlieferungen an den Irak trotz des UN-Embargo), sowie weil ihm eine Amtsenthebung durch Paddy Ashdown drohte. Später wegen Wirtschaftskriminalität angeklagt, aber freigesprochen. Früherer Präsident und Vizepräsident der RS.

Stellv. Ministerin: Ermina Salkičević Dizdarević (SDPBiH)

Ministerium für Kommunikationen und Transport:

Minister: Damir Hadžić (SDPBiH). Jahrgang 1976. Journalistikstudium. 12 Jahre Gemeindevorsteher der Stadtgemeinde Novi Grad Sarajevo.

Stellv. Minister: Rudo Vidović (HDZ 1990). In der vergangenen Legislaturperiode in demselben Ministerium als Minister.

Ministerium für Menschenrechte und Flüchtlinge:

Minister: Damir Ljubić (HDZ 1990). Jahrgang 1965. Aus Siroki Brijeg. Studium der Agronomie. Früherer Minister für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft der FBiH und Büroleiter des kroatischen Präsidentschaftsmitglieds.

Stellv. Ministerin: Radmila Mitrović (SDS), Volkswirtin, mehrere Posten in der kommunalen Verwaltung der Gemeinde Lopare.

Ministerium für Zivilangelegenheiten:

Minister: Sredoje Nović (SNSD). Jurist. Jahrgang 1947. Früherer Innenminister der RS und Leiter der SIPA.

Stellv. Ministerin: Denisa Sarajlić-Maglić (SDPBiH), frühere Leiterin der „Außenpolitischen Initiative“ (VPI), einer NGO.